

Dossier – Web 1.0

Der böse Traum vom gläsernen Bürger

Eine Negativ-Entwicklung des Internets stellen die umfassenden Überwachungsmöglichkeiten der Nutzer dar.

Mit seinem Vorstoß zur Internet-Überwachung hat sich Innenminister Günther Platter (ÖVP) keine Freunde in der Online-Gemeinde gemacht. Nach den letzten Plänen soll nun bis Ende Februar 2008 ein Vorschlag vorliegen, wie der Lausangriff auf die heimischen Computer umgesetzt werden kann. Dazu hat sich bereits vor Weihnachten im abgelaufenen Jahr eine ministerielle Arbeitsgruppe konstituiert.

Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter des Justiz-, Innen- und Verkehrsministeriums, des Verfassungsdienstes im Kanzleramt, der Richterschaft und der Staatsanwälte, Straf- und Verfassungsrechtler sowie Computerexperten an. Den Vorsitz führt der Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk. Der Ministerrat hat am 17. Oktober 2007 eine Grundsatzvereinbarung beschlossen, wonach die Online-Durchsuchung von E-Mails, Chats und Internet-Telefonaten bei „dringendem Verdacht“ auf ein schweres oder terroristisches Verbrechen möglich sein soll. Dies allerdings nur mit richterlicher Genehmigung, nachträglicher Verständigung aller Betroffenen und Beschwerdemöglichkeiten, etwa auch für die Datenschutzkommission. Platter hat wiederholt auf die Einführung der Online-Durchsuchung gedrängt, zuletzt angesichts des letzten islamistischen Drohvideos gegen Deutschland und Österreich.

Sicherheit versus Menschenrechte

Dies hat die Gegner dieser Maßnahme auf die Palme getrieben und für denkwürdige Kommentare gesorgt. Peter Pilz, Sicherheitssprecher der Grünen, hatte Platter im Zusammenhang mit der Internet-Überwachung einen „durchgeknallten Rambo“ genannt. Ebenso hat die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) die geplante Internet-Überwachung gemeinsam mit der Vorratsdatenspeicherung der Handy-Daten in Österreich als „wesentlichen Eingriff in die Grundrechte“ kritisiert. Das Orten von Handys und vor allem der Zugriff auf Internet-Protokoll (IP)-Adressen ohne richterlichen Beschluss würde gleichfalls private Kommunikation für die Behörden nachvollziehbar machen, sagt ROG Österreich-Präsidentin Rubina Möhring. Dies sei „ein Eingriff in die Freiheit der persönlichen Meinung und auch in die Pressefreiheit“. Wenn Österreich eine „vertrauenswürdige Demokratie“ bleiben wolle, müsse man sich die Frage stellen, ob „die Sicherheit so viel wichtiger als die Menschenrechte“ seien. Eine derartige Abänderung des Sicherheitspolizeigesetzes öffne nämlich „Tür und Tor für Missbrauch“. Tatsache ist, dass der Staat seine Bürger mit einem immer größer werdenden Arsenal von Mitteln überwacht. Neben der Online-Überwachung gibt es seit einigen Jahren die Möglichkeiten der Rasterfahndung und des Lausangriffs sowie Videoüberwachungen. Die Begründung ist immer die glei-

che: Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus und die „prinzipielle Verhinderung von Straftaten“.

Laut Herwig Haidinger, Direktor des Bundeskriminalamts, sei die Notwendigkeit der Online-Überwachung „klar“. Sie sei eine Art „verdeckter Ermittlung auf elektronischer Ebene“. Es gehe „um die Abwehr und Prävention bei terroristischen Akten oder auch um Ermittlung im

hochwertigen Bereich der organisierten Kriminalität“, aber „nicht um die Ermittlung bei normalen Kriminalfällen oder um das Sammeln zahlreicher Daten zur Informationsgewinnung“.

Sehr umstritten ist auch die Vorratsdatenspeicherung für E-mails, Chats und Internet-Nachrichten. Damit soll es möglich sein, nachträglich die Kontakte einer Person oder eines Unternehmens zu

analysieren und offenzulegen. Kritiker weisen darauf hin, dass im Staatsgrundgesetz das Recht auf unbeobachtete elektronische Kommunikation verankert ist.

Zur Berühmtheit hat es der für die Online-Überwachung nötige „Bundestrojaner“ schon gebracht. Er wurde von Internet-Nutzern im vergangenen Dezember zum „Unwort des Jahres“ gewählt.

Antonio Malony

Veranstalter -> Cmk. + derStandard.at DER STANDARD | radio FM4

www.cyberschool.at

cyberschool

Einladung zum größten SchülerInnen-Wettbewerb für Neue Medien!

Private Partner -> APA + Microsoft | ÖBB + SMS + TELEKOM AUSTRIA

Public Partner -> BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT + bm:uk + B.M.W.F.a + bm:wf

Alle Infos und Anmeldung unter www.cyberschool.at oder Cyberschool-Office, Gonzagagasse 12/12, 1010 Wien

T (01) 532 61 36-13